

1.3

Neue Frauenbewegung und Frauenorganisationen seit 1968



Einleitung

Die neue autonome Frauenbewegung entsteht in der Schweiz im Gefolge der Jugend- und Studentenbewegung von 1968. Sie ist Teil einer internationalen Entwicklung und versteht sich sowohl als Reaktion auf die stagnierende alte Frauenbewegung als auch auf die männerdominierte neue Linke, der sie sich anfänglich zugehörig fühlt. Erstmals schliessen sich Ende 1968 junge linke Frauen in Zürich zusammen und geben sich Anfang 1969 den Namen «Frauenbefreiungsbewegung» (FBB). Sie teilen die Überzeugung, dass die alltägliche Unterdrückung der Frauen ein grundsätzlicher gesellschaftlicher Widerspruch ist und nicht einfach ein Nebenproblem, das sich mit der von der Linken angestrebten Aufhebung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft von selbst lösen wird.

Bald formieren sich auch in anderen Schweizer Städten autonome Frauengruppen, die in der Westschweiz als «Mouvement pour la Libération des Femmes» (MLF) und im Tessin als «Movimento Femminista Ticinese» (MFT) auftreten. Gemeinsam ist diesen Frauengruppen die Ablehnung hierarchischer Vereinsstrukturen und traditioneller Gremienpolitik. In ihren Analysen der gesellschaftlichen Situation der Frauen orientieren sie sich u.a. an Theoretikerinnen der französischen und amerikanischen Frauenbewegung. Zwischen Anhängerinnen unterschiedlicher theoretischer Positionen kommt es zeitweise zu heftigen Auseinandersetzungen, die auch zu Abspaltungen führen. Dabei spielen die bereits im letzten Jahrhundert aktuellen Strömungen des Egalitarismus und des Dualismus wieder eine wichtige Rolle. Anfang der 1970er Jahre bilden sich auch innerhalb der neuen Linken Frauengruppen, die erst später zur autonomen Frauenbewegung stossen. Zu ihnen gehören die «Progressiven Frauen Schweiz» (PFS), die sich 1977 als autonome «Organisation für die Sache der Frau» (OFRA) konstituieren.



Frauen · Macht · Geschichte

Zur Geschichte der Gleichstellung
in der Schweiz 1848 – 2000

1 Frauenbewegung

1.3 Neue Frauenbewegung

Mit dem Leitspruch «Das Private ist politisch» weist die neue Frauenbewegung auf den engen Zusammenhang zwischen individuellen Erfahrungen der Frauen und gesellschaftlichen Bedingungen hin. Ausgehend von einem neuen, frauenorientierten Selbstbewusstsein, prangert sie die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung als Frauendiskriminierung an und zeigt auf, dass das ökonomische und gesellschaftliche System ohne die Gratisarbeit der Frauen in Familie und Haushalt zusammenbrechen würde. Sie kritisiert die schlechtere Ausbildung und Entlohnung von Frauen, bringt Tabuthemen wie Schwangerschaftsabbruch oder Gewalt gegen Frauen in die öffentliche Diskussion ein und fordert das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung. Die einzelnen Problembereiche werden in Selbsthilfe- und Arbeitsgruppen angegangen. Mit der Ausbreitung feministischer Ideen entsteht eine eigene Infrastruktur mit Frauenzentren, Beratungsstellen, Frauenambulatorien, Frauenbuchhandlungen und -bibliotheken. Neben neuen inhaltlichen Schwerpunkten werden auch neue Formen der politischen Auseinandersetzung gesucht: Mit bewusst provokativen und medienwirksamen Aktionen tragen die neuen Feministinnen ihre Forderungen auf die Strasse und lösen öffentliche Diskussionen aus.

Das Verhältnis zwischen bürgerlichen Frauenorganisationen und feministischen Gruppierungen ist bis in die erste Hälfte der 1980er Jahre von gegenseitiger Abgrenzung geprägt. Grundsätzliche Differenzen bestehen bei Fragen wie Straffreiheit des Schwangerschaftsabbruchs, Abschaffung des obligatorischen Hauswirtschaftsunterrichts oder Einbezug der Frauen in die Gesamtverteidigung. Während die neue Frauenbewegung ein grundlegend neues Geschlechterverhältnis anstrebt, hält die bürgerliche Frauenbewegung an einem traditionellen Frauenbild fest. Zu einer teilweisen Annäherung kommt es erst in den späten 1980er Jahren, als feministische Themen Eingang in die traditionellen Frauenorganisationen finden und diese sich neu orientieren. Gleichzeitig findet innerhalb der neuen Frauenbewegung eine verstärkte Professionalisierung statt. Die Parteien und Gewerkschaften setzen sich zunehmend mit dem Feminismus auseinander, und in öffentlichen Verwaltungen und grösseren Unternehmen werden Frauen- und Gleichstellungsstellen eingerichtet. Mit dem zunehmenden Engagement in Institutionen haben sich in der neuen Frauenbewegung neue Formen der Arbeit entwickelt, während der Charakter einer sozialen Bewegung grösstenteils verlorengegangen ist. Die 1990er Jahre sind geprägt von der zunehmenden Bereitschaft der verschiedenen Frauenorganisationen und -gruppen, sich in inhaltlichen Fragen zu verständigen und von Fall zu Fall zusammenzuarbeiten.



Chronologie

In der Schweiz kommen die ersten neuen Feministinnen aus der linken studentischen Bewegung. Sie erfahren dort die Diskrepanz zwischen dem Anspruch der Herrschaftsfreiheit und der tatsächlichen Geschlechterordnung und erkennen, dass die neue Linke von den gleichen patriarchalischen Strukturen geprägt ist wie die kritisierte bürgerliche Familie und Gesellschaft. Gleichzeitig reagieren sie mit Ungeduld auf die traditionelle Frauenbewegung.

Die neu entstehende Frauenbefreiungsbewegung (FBB) distanziert sich in den 1970er Jahren inhaltlich zusehends von der linken Bewegung und sieht im Feminismus den Angelpunkt gesamtgesellschaftlicher Veränderungen. Die sich 1977 von der Partei loslösenden progressiven Frauen verkörpern eine andere Tendenz der neuen Frauenbewegung, die Feminismus und Sozialismus zu verbinden sucht und sich dabei der traditionellen politischen Instrumente bedient.

1968 Der erste öffentliche Auftritt der neuen Frauenbewegung gilt dem traditionellen Zürcher Frauenstimmrechtsverein, der am 10. November sein 75-Jahr-Jubiläum feiert. Die Sprecherin der jungen Frauen, Andrée Valentin, wirft den Vereinsfrauen vor, duldsam auf die politischen Rechte zu warten, statt radikal gegen die umfassende gesellschaftliche Unterdrückung der Frauen zu kämpfen.

1969 Am Frauenstimmrechtstag (1. Februar), den der Zürcher Frauenstimmrechtsverein mit einem Fackelzug begeht, treten die linken Frauen erstmals als Frauenbefreiungsbewegung (FBB) auf. Aus Protest gegen das gängige Frauenbild erscheinen sie als Hausfrau und Sexualobjekt und führen ein Strassentheater gegen die bürgerliche Rollenzuweisung auf.

- Wie in Zürich bilden sich auch in Basel, Bern, Genf, Lausanne, Locarno und Bellinzona autonome Frauengruppen: In der Westschweiz nennen sie sich Mouvement pour la Libération des Femmes (MLF); im Tessin Movimento Femminista Ticinese (MFT).

- Zum Forderungskatalog der FBB gehören 1969: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit; gleiche Grundausbildung und Bildungschancen für Mädchen; mehr, billige und kinderfreundliche Kinderkrippen und -gärten; eine kinderfreundliche Wohnbaupolitik und Regionalplanung; die Revision des Eherechts; gleiche berufliche Aufstiegschancen für Frauen; Entlohnung für erziehende Mütter; bessere Weiterbildungsmöglichkeiten und günstige berufliche Wiedereingliederung für Hausfrauen; bessere Sozialleistungen bei Teilzeitarbeit.

1971 Die Volksinitiative «für die Straflosigkeit der Schwangerschaftsunterbrechung» wird Anfang Dezember von einem überparteilichen Komitee eingereicht. Die FBB Zürich und die Progressiven Frauen Basel haben einen grossen Teil der Unterschriften gesammelt.



1972 Die INFRA Zürich, eine Informations- und Beratungsstelle für Frauen, wird als erstes autonomes Frauenprojekt im September eröffnet (1997 wieder geschlossen). Ähnliche Beratungsstellen entstehen in der Folge in allen grösseren Schweizer Städten.

1974 Das erste autonome Frauenzentrum wird in Zürich am 21. Oktober mit einer «Frauenwoche» offiziell eröffnet. Es war von der FBB gemeinsam mit der Homosexuellen Frauengruppe (HFG) erkämpft worden (Petition an die Behörden und Spontanaktionen). In den folgenden Jahren entstehen zunächst in Bern, Basel und Genf, dann auch in kleineren Städten Frauenzentren und Frauentreffpunkte. Zum Teil werden sie mittels Besetzungen oder anderer Aktionen von den Behörden erstritten.

•

Gründung der Associazione Consumatrici della Svizzera Italiana (ACSI). Bis 1980 ist sie dem Konsumentinnenforum der deutschen Schweiz angeschlossen; seither ist sie die dritte Konsumentinnenorganisation der Schweiz mit den gleichen Zielen.

Mitte der 1970er Jahre ist der straffreie Schwangerschaftsabbruch eines der zentralen Themen der neuen Frauenbewegung. Nach der knappen Ablehnung der «Fristenlösungsinitiative» im Herbst 1977 tritt diese Frage zwar in den Hintergrund, das Anliegen aber ist bis heute wichtig geblieben. Stärker ins öffentliche Blickfeld rückt in der Folge die Problematik der Gewalt gegen Frauen: physische und psychische Misshandlung in Partnerschaften, sexuelle Gewalt, insbesondere Vergewaltigung, Pornografie, Gewalt durch Rassismus/Sexismus, Gewalt am Arbeitsplatz, sexuelle Ausbeutung von Mädchen und Knaben. Parallel dazu entstehen ab 1977 Frauenprojekte, die den Betroffenen Schutz, Hilfe und Beratung anbieten. Innerhalb der neuen Frauenbewegung entwickelt sich Ende der 1970er Jahre auch eine Strömung, die die «weiblichen Werte» betont, nach der vergessenen Geschichte und Kultur der Frauen sucht und sich mit weiblicher Spiritualität befasst. Die frauenspezifische Subkultur wird in dieser Zeit weiter ausgebaut. Es entstehen Dienstleistungsbetriebe wie Frauenbuchläden, Frauenwerkstätten, Quartierläden, Kontakt- und Beratungsstellen für Ausländerinnen. Frauenveranstaltungen werden organisiert, erste Selbstverteidigungskurse finden statt, und es bilden sich Selbsterfahrungsgruppen zu den Themen Sexualität und Gesundheit.

1975 Der vierte Schweizerische Kongress für Fraueninteressen findet im Internationalen Jahr der Frau in Bern statt (17.–19. Januar). Es beteiligen sich über 80 Frauenorganisationen. Aus Protest, dass der Kongress das Thema Schwangerschaftsabbruch bewusst vermeidet, organisiert die FBB einen Gegenkongress. Thematisiert werden Schwangerschaftsabbruch, weibliche Homosexualität, Hausfrauenlohn, Frauenarbeit und Frauenstreik, Frauen im Knast, Emigration. Die Schweizerische Vereinigung für straflosen Schwangerschaftsabbruch SVSS bringt ihre Forderungen trotz Widerstand in den offiziellen Kongress ein. Die Feministinnen des Gegenkongresses stürmen das Podium und fordern die straflose Abtreibung. Trotz heftiger Proteste der katholischen Frauen unterstützt in der Folge eine Mehrheit der Kongressteilnehmerinnen die «Fristenlösungsinitiative». Zwei weitere Kongressbeschlüsse begründen eine längerfristige Zusammenarbeit zwischen traditioneller und neuer Frauenbewegung: die Lancierung einer Initiative für gleiche Rechte von Frau und Mann und die Forderung nach einem



eidgenössischen Organ für Frauenfragen. Allerdings lehnen sehr viele Kongressteilnehmerinnen, darunter auch engagierte Frauenrechtlerinnen, die Initiative zu diesem Zeitpunkt noch ab. Sie sind der Meinung, so kurz nach der Gewährung der politischen Rechte dürfe nicht noch mehr gefordert werden. Die Initiantinnen bringen trotzdem mit Hilfe von linken Frauenorganisationen die nötigen Unterschriften zusammen.

- An der Universität Zürich findet vom 17. bis 22. Februar die erste Frauenwoche statt mit Referaten und Diskussionen, Theater- und Filmvorführungen zu frauenpolitischen Themen.

- Am 8. März, dem Internationalen Tag der Frau, demonstrieren mehrere hundert Frauen vor dem Bundeshaus in Bern gegen den Entscheid des Nationalrats, in der Frage des Schwangerschaftsabbruchs alles beim alten zu belassen. Bis 1992 finden nun jedes Jahr nationale Kundgebungen zum Internationalen Frauentag statt, der sich zu einem Kampftag der Frauenbewegung entwickelt.

- Am 15. März findet in Zürich eine der grössten Demonstrationen für den straffreien Schwangerschaftsabbruch mit Tausenden von Teilnehmerinnen statt.

- Gründung der Arbeitsgemeinschaft Unverheirateter (später: Unabhängiger) Frauen (AUF) in Olten mit dem Ziel, die gesetzliche Diskriminierung der nichtverheirateten Frauen zu bekämpfen und ihre soziale und wirtschaftliche Lage zu verbessern.

- Gründung der Gruppe «Frau und Arbeit» in Biel als Reaktion auf die Rezession, die Frauen besonders getroffen hat. Hauptanliegen ist es, das Recht auf Arbeit für Frauen zu verteidigen und eine Frauenberatungsstelle aufzubauen. Ähnliche Gruppen entstehen in anderen Städten.

- Die FBB unterbricht die Nationalratsdebatte über den Schwangerschaftsabbruch vom 2. Oktober mit einer Protestaktion. Im Nationalratssaal wird ein Transparent mit der Forderung «straffreie Abtreibung» entrollt, und es werden Flugblätter und nasse Windeln auf die Parlamentsmitglieder geworfen.

- Für die Nationalratswahlen präsentiert sich im Kanton Zürich am 6. Oktober die erste schweizerische Frauenliste (P.I.F., Politisch interessierte Frauen) mit 16 Kandidatinnen. Fünf davon gehören einer Partei an (FDP, LdU, Lib.-soz. und SP); die anderen sind parteilos. Kernpunkte ihres Wahlprogramms sind die Resolutionen des Frauenkongresses in Bern sowie die Initiative «Gleiche Rechte für Mann und Frau».

- Alice Schwarzers Buch «Der kleine Unterschied» löst in der neuen Frauenbewegung eine Grundsatzdiskussion über die «befreite Sexualität» aus – auch in der Schweiz. Der «Zwang zur Heterosexualität» wird als Instrument des Patriarchats zur Unterdrückung aller Frauen kritisiert. In der Folge werden heterosexuelle Beziehungen verstärkt in Frage gestellt, und lesbische Frauen treten mit ihren Anliegen vermehrt an die Öffentlichkeit.



1976

Die «Fristenlösungsinitiative», die die Straffreiheit des Schwangerschaftsabbruchs in den ersten 12 Wochen vorsieht, wird am 22. Januar eingereicht und die 71er Initiative zurückgezogen.

•

Der Bundesrat setzt die Eidgenössische Kommission für Frauenfragen am 28. Januar als ständige ausserparlamentarische Kommission ein.

•

Das Volksbegehren «Gleiche Rechte für Mann und Frau» wird am 15. Dezember eingereicht. (vgl. 1975)

1977

Die Frauen der Progressiven Organisationen der Schweiz gründen als Abschluss der «Frauenwoche» in der Roten Fabrik in Zürich am 13. März die SAFRA (Sache der Frau), kurz darauf umbenannt in OFRA (Organisation für die Sache der Frau). Im Gegensatz zur FBB verfügt die OFRA über feste Strukturen und ein nationales Sekretariat. Unmittelbar nach der Gründung lanciert sie die «Volksinitiative für einen echten Mutterschutz».

•

Im Frühjahr bildet sich in Zürich ein Verein zum Schutz misshandelter Frauen. Kurz darauf erfolgen Vereinsgründungen in Genf und Bern. Die ersten Notunterkünfte für geschlagene Frauen werden bereitgestellt. 1979 wird in Zürich das erste Haus für geschlagene Frauen eröffnet. Bald entstehen in weiteren Schweizer Städten Frauenhäuser, die von autonomen Frauengruppen getragen werden: Bern und Genf (1980), Basel (1981), St. Gallen (1982), Brugg (1983), Luzern und Winterthur (1984). (vgl. 1987)

•

Mit dem von der FBB Zürich, der Vereinigung unabhängiger Ärzte Zürich, Frauen aus der INFRA und Filmemachern aus dem Filmkollektiv produzierten Film «Lieber Herr Doktor» wird am 24. Juni der Abstimmungskampf für die Fristenlösung eröffnet. FBB-Aktivistinnen organisieren in der ganzen Deutschschweiz Filmabende mit Diskussionen zum Schwangerschaftsabbruch.

•

Die «Fristenlösungsinitiative» (vgl. 1976) wird am 25. September mit 51.7 % Nein-Stimmen abgelehnt.

•

Als Reaktion auf die Abrüstungskonferenz der UNO in New York bildet sich in Genf eine Gruppe Frauen für den Frieden. In den folgenden Jahren entstehen in verschiedenen Schweizer Städten ähnliche Gruppierungen: Basel, Bern, Genf, Zürich, Lausanne.

1978

Mit dem «Frauenzimmer» in Basel wird das erste ausschliesslich Frauen vorbehaltene Restaurant eröffnet. Weitere «Frauenbeizen» folgen in Bern, Genf und Meyrin.

•

Die FBB Zürich organisiert am 19. Mai den ersten «Hollandbus»: Frauen, die in der Schweiz Schwierigkeiten hatten, eine Schwangerschaft abbrechen zu lassen, können den Eingriff legal in einer spezialisierten Klinik in Holland vornehmen lassen. Die medienwirksam aufgezugene Aktion findet im Vorfeld der Abstimmung über die erweiterte Indikationenlösung statt. (Diese wird am 28. Mai abgelehnt.)



Das Verhältnis zwischen den bürgerlichen Frauenverbänden und den feministischen Organisationen ist in der ersten Hälfte der 1980er Jahre geprägt von einer starken Polarisierung. Es bestehen grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten bei Fragen wie Straffreiheit des Schwangerschaftsabbruchs, Einbezug der Frauen in die Gesamtverteidigung oder Abschaffung des obligatorischen Hauswirtschaftsunterrichts.

1980

Die Volksinitiative «für einen besseren Schutz der Mutterschaft» wird am 21. Januar eingereicht. Sie war von der OFRA 1977 angeregt und im November 1978 von verschiedenen Frauengruppen, Gewerkschaften und linken Parteien lanciert worden. Der SKF, der BSF und andere bürgerliche Frauenorganisationen verweigern der Initiative die Unterstützung, weil sie neben dem verlängerten Mutterschaftsurlaub auch einen bezahlten Elternurlaub für Mutter oder Vater vorsieht.

•

Die Volksinitiative «Recht auf Leben», die jede Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruchs ablehnt, wird im Juli 1980 eingereicht. In der Folge engagieren sich viele katholische Frauen für die Initiative, die jedoch 1985 in der Volksabstimmung verworfen wird.

•

Der Schweizerische Verein alleinerziehender Mütter und Väter (SVAMV) wird gegründet und setzt sich vor allem für die Besserstellung der alleinerziehenden Mütter ein.

•

Die OFRA macht am 18. Dezember publik, dass anlässlich von Offiziersschiessen auf Porträts nackter Frauen geschossen wurde. Den skandalösen Vorfall wertet sie als Ausdruck der herrschenden sexuellen Diskriminierung der Frauen. Sie reicht eine Zivilklage wegen Persönlichkeitsverletzung ein. Die Klage wird am 14. Januar 1982 vor Berner Obergericht abgewiesen.

•

Feministische Frauengruppen rufen in verschiedenen Kantonen zum Boykott des hauswirtschaftlichen Obligatoriums auf.

1981

Am 6. März demonstrieren drei- bis viertausend Frauen mit der Parole «Wir passen unter keinen Helm» gegen die Absicht des Bundesrates, die Frauen in die Gesamtverteidigung einzubinden.

•

Der Grundsatz der Gleichstellung von Frau und Mann wird in der Bundesverfassung verankert. Der neue Artikel 4 Absatz 2 BV wird am 14. Juni mit 60% Ja-Stimmen vom Volk angenommen. Es handelt sich um den bundesrätlichen Gegenvorschlag zur Initiative «Gleiche Rechte für Mann und Frau». (vgl. 1975, 1976)

•

Ende Juni treten die Sozialdemokratischen Frauen der Schweiz aus dem Bund Schweizerischer Frauenorganisationen aus. Sie begründen dies u. a. damit, dass der BSF bürgerlich dominiert sei und in keiner Weise mehr feministische und sozialdemokratische Politik vertrete.

•

Der Verein Notteléfono für vergewaltigte Frauen wird am 16. November in Zürich gegründet. In der Folge entstehen auch in andern Schweizer Städten Notteléfonos.

**1983**

Angeführt vom Schweizerischen Verband für Frauenrechte (vor 1971: Schweizerischer Verband für Frauenstimmrecht) verlangen ab 1983 immer mehr Organisationen, dass die Vergewaltigung in der Ehe strafbar wird.

-

Am 21. Januar geht der Bundesratsbericht über die «Mitwirkung der Frau in der Gesamtverteidigung» in die Vernehmlassung. Gleichentags organisieren verschiedene Frauengruppen eine Gegen-Presskonferenz: Sozialdemokratische Frauen, Gruppen der Frauen für den Frieden, Radikalfeministinnen, OFRA und MLF. In Zürich und Basel finden Frauendemonstrationen statt. Im Gegensatz dazu betrachten viele bürgerliche Frauen (auch der BSF und der SGF) den Einbezug der Frauen in die Gesamtverteidigung als Teil einer konsequenten Umsetzung des Grundsatzes «gleiche Rechte, gleiche Pflichten».

-

Aus den seit 1978 von Studentinnen organisierten Tagungen zum Thema «Frauen und Wissenschaft» entsteht der Verein Feministische Wissenschaft. Er versteht sich als Netzwerk von Studentinnen und Akademikerinnen inner- und ausserhalb der Universität und setzt sich ein für eine bessere Vertretung der Frauen in Lehre und Forschung sowie für die institutionelle Verankerung von Frauen- und Geschlechterforschung an den Hochschulen.

1984

Die «Frauen für den Frieden» fordern am 20. März in Pressekonferenzen in Lausanne und Zürich die Schaffung eines Schweizerischen Friedensforschungsinstituts. Der Bund soll dafür ein Promille des Militärbudgets zur Verfügung stellen.

-

Am 2. Dezember wird die Volksinitiative «für einen besseren Schutz der Mutterschaft» (vgl. 1980) mit 84% Nein-Stimmen massiv abgelehnt. Auf breite Opposition stiess v.a. der bezahlte Elternurlaub, der die traditionellen Geschlechterrollen in Frage stellte. Während sich in der Westschweiz sowohl Frauen der alten wie der neuen Frauenbewegung für die Mutterschaftsversicherung eingesetzt hatten, waren es in der Deutschschweiz fast nur Vertreterinnen der neuen Frauenbewegung.

Mitte der 1980er Jahre versuchen Frauen, die verschiedenen Aktivitäten der autonomen Frauenbewegung in Weiberräten zu vernetzen. Diese Form der Frauenpolitik verschwindet bald wieder, doch die Vernetzungsstrategie wird von der Zürcher Gruppe «Frauen Macht Politik FraP!», die sich zur Frauenpartei entwickelt, und verschiedenen autonomen Frauenlisten aufgenommen. Feministinnen beginnen zu dieser Zeit auch, sich mit den neuen Gen- und Reproduktionstechnologien zu beschäftigen. In den gleichen Jahren setzt in der Frauenbewegung die Auseinandersetzung mit Migrationsfragen und mit dem Verhältnis zwischen Frauen aus dem (industrialisierten) Norden und Frauen aus dem (wenig entwickelten) Süden ein. Nach den Frauen aus den südeuropäischen Ländern schliessen sich jetzt vermehrt auch Immigrantinnen aus anderen Kulturkreisen zusammen.



Nach den beiden ersten Weltfrauenkonferenzen (Mexico City 1975; Kopenhagen 1980) trägt vor allem die 3. UNO-Weltfrauenkonferenz von Nairobi im Jahr 1985 dazu bei, dass die Diskriminierung der Frauen zu einem breit diskutierten Thema wird. Auf nationaler und internationaler Ebene werden Strategien zur Durchsetzung der Gleichstellung von Frau und Mann entwickelt. Neue Impulse und praxisbezogene Anstösse kommen von den Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs), welche sich weltweit zunehmend vernetzen.

1985

Erstmals findet in Zürich ein dreitägiger Kongress ausländischer und schweizerischer Frauen statt (25.–27. Januar). Er richtet sich gegen Frauenunterdrückung, Rassismus und ausländerfeindliche Politik. Im gleichen Jahr wird in Zürich der Verein FIZ, Fraueninformationszentrum Dritte Welt, von entwicklungs- und frauenpolitischen Kreisen gegründet. Das FIZ ist Anlauf- und Beratungsstelle für Migrantinnen und leistet politische Arbeit zum Thema Frauenmigration und Frauenhandel.

•

Der erste «Wyberrat» wird am 6. Februar in Zürich nach deutschem Vorbild gegründet. Mit diesem Zusammenschluss von Frauen aus unterschiedlichen Bewegungen und Bereichen soll die zersplitterte Frauenbewegung als gesellschaftliche Kraft neu gebündelt werden. Ziel ist es, die Frauenpolitik in die gesellschaftlichen Machtsphären zu tragen und dort Einfluss zu nehmen, wo Entscheidungen gefällt werden.

•

Das Consultorio delle donne wird im Februar in Lugano eröffnet. In Genf entsteht das Dispensaire des femmes, einige Zeit später das Frauenambulatorium Zürich. Auch in Binningen bei Basel und in Bern entstehen solche Einrichtungen, die neben herkömmlicher gynäkologisch-medizinischer Betreuung auch naturbezogene Heilmethoden anbieten und mit Selbsthilfegruppen arbeiten.

1986

Das Netzwerk Frauenflüchtlinge entsteht als Arbeitsgruppe von schweizerischen und ausländischen Fachfrauen.

•

Die Organizzazione per i diritti della donna wird gegründet. Sie ist die einzige fest organisierte Frauenstruktur im Tessin. Ab 1987 bildet sie eine Sektion der OFRA.

•

Die fünf Frauenzentren Bern, Baden, Basel, Freiburg und Zürich kämpfen gegen die Schliessung. In einer nationalen Pressekonferenz vom 2. Juli fordern sie von den Behörden kostenlose Räume und (höhere) Subventionen für die soziale, politische und kulturelle Gratisarbeit von Frauen.

1987

Gründung der BOA-Infostelle für Frauen/Lesben. Konzipiert als Informations- und Koordinationsstelle zur Vernetzung von Frauenaktivitäten, ist sie heute auch Herausgeberin eines monatlich erscheinenden Frauenveranstaltungskalenders mit Aktivitäten aus der Deutschschweiz.



Frauen · Macht · Geschichte

Zur Geschichte der Gleichstellung
in der Schweiz 1848 – 2000

1 Frauenbewegung

1.3 Neue Frauenbewegung

Gründung der Nationalen Koordination gegen Gen- und Reproduktionstechnologie, (heute NOGERETE) durch die OFRA Schweiz. In Zürich entsteht mit ähnlicher Zielsetzung die Antigena.

-

Die Vereine der Frauenhäuser der Schweiz schliessen sich am 15. Dezember zu einer nationalen Dachorganisation zusammen. Frauenhäuser bestehen in Basel, Bern, Brugg, Freiburg, Genf, Luzern, Schaffhausen, St. Gallen, Winterthur und Zürich. (vgl. 1977)

1988

Die autonome Frauengewerkschaft Schweiz (FGS) wird am 18. April in Bern gegründet. Sie ist vor allem in der Deutschschweiz aktiv.

In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre verlieren die FBB und die Radikalfeministinnen als Gruppen an Bedeutung. Gleichzeitig findet in verschiedenen Frauenprojekten und -organisationen eine Professionalisierung statt (feste Strukturen, bezahlte Mitarbeit). Städte, Kantone, der Bund, Gewerkschaften und Unternehmen richten Gleichstellungsbüros ein und stellen Frauenbeauftragte an. Parteien und Gewerkschaften setzen sich verstärkt mit feministischen Anliegen auseinander. Vielerorts bilden sich autonome Frauenlisten, die sich auf lokalpolitischer Ebene einsetzen und in Gemeinde- und Stadtparlamenten mitarbeiten. Mit dem zunehmenden Engagement sowohl in bestehenden wie in neu geschaffenen Institutionen ändert sich auch der Charakter der neuen Frauenbewegung. Spektakuläre Protestformen wie grosse Demonstrationen werden seltener, dafür findet in immer mehr Bereichen der Gesellschaft eine gleichstellungspolitische Umsetzungsarbeit statt, die in kleinen Schritten erfolgt und längerfristig ausgerichtet ist. Auch die traditionellen Frauenorganisationen suchen ein neues Profil und Zielsetzungen, um Frauen wieder vermehrt zur Mitarbeit motivieren zu können.

1989

Die FBB löst sich auf. Sie setzt einen Schlussakzent mit einem grossen Frauenfest zur Feier des zwanzigjährigen Jubiläums der neuen Frauenbewegung.

-

Gründung der LOS-Lesbenorganisation Schweiz im Dezember. Die LOS will die Vielfalt lesbischer Frauen und ihrer Lebensentwürfe in der Gesellschaft sichtbar machen. Gleichzeitig strebt sie die volle rechtliche Gleichstellung lesbischer Frauen, Paare und Mütter an.

1990

OFRA-Jahreskongress zum Thema «Widerstand gegen sexuelle Gewalt» (10. Juni). Ziel ist es, eine breite Öffentlichkeit über die Ursachen und Folgen von Gewalt gegen Frauen zu informieren und Mythen über die Vergewaltigung zu beseitigen.

-

In verschiedenen Städten entstehen Kontaktstellen für Frauenflüchtlinge und interkulturelle Begegnungszentren (z.B. das Centre Camille-Martin in Genf oder der Treffpunkt FEMIA in Zürich).



1991 Frauensession im Nationalratssaal am 7./8. Februar: Im Jubiläumsjahr «700 Jahre Eidgenossenschaft» und aus Anlass von 20 Jahren Frauenstimmrecht sowie 10 Jahren Gleichberechtigungsartikel in der Verfassung nehmen die rund 250 Teilnehmerinnen eine Standortbestimmung vor. Sie erarbeiten in sechs Gruppen einen Katalog mit konkreten frauenpolitischen Forderungen wie zivilstandsunabhängige Altersrente, Betreuungsbonus in der AHV, gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, stärkere Frauenvertretung in allen politischen Gremien, mehr Hausarbeit für Männer und bessere Erwerbsmöglichkeiten für Frauen.

•

Frauenstreik am 14. Juni. Zum 10. Jahrestag der Annahme des Verfassungsartikels «Gleiche Rechte für Mann und Frau» hat der Schweizerische Gewerkschaftsbund zu einem landesweiten Frauenstreik aufgerufen: «Wenn Frau will, steht alles still». Während die meisten Frauenorganisationen den Streik unterstützen, missbilligt der BSF öffentlich das Vorhaben. Rund eine halbe Million Frauen bekunden mit zahlreichen Arbeitsniederlegungen und vielen phantasievollen Aktionen ihren Unmut über die bestehenden Verhältnisse. Der Frauenstreik erhält internationale Beachtung.

1993 Landesweiter Protest von Frauen, als das eidgenössische Parlament am 3. März anstelle der offiziellen sozialdemokratischen Kandidatin Christiane Brunner einen Mann in den Bundesrat wählt. Unter dem Druck der Frauen tritt der Gewählte zurück, und die Vereinigte Bundesversammlung ernennt die Gewerkschaftssekretärin Ruth Dreifuss zur Bundesrätin.

Der «Brunner-Effekt» hat nachhaltige Auswirkungen auf die Frauenbewegung und radikalisiert die Frauen in den Verbänden, Gewerkschaften und Parteien. Die Bereitschaft, sich in inhaltlichen Fragen zu verständigen und zusammenzuarbeiten, charakterisiert die heterogene Frauenbewegung der 1990er Jahre. Ausdruck dieser grösseren Kooperationsbereitschaft ist der Frauenkongress von 1996, an dem Frauen des ganzen Spektrums vertreten sind. Zahlreiche Frauenorganisationen beteiligen sich zudem an der 4. UNO-Weltfrauenkonferenz (Beijing, September 1995) und ihren Folgearbeiten in der Schweiz und auf internationaler Ebene.

1993 Der Schweizerische Gemeinnützige Frauenverein (SGF), der in den siebziger und achtziger Jahren strikt gegen die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs eingetreten war, spricht sich in seinem Jahresbericht für die Straflosigkeit des Schwangerschaftsabbruchs in den ersten Monaten aus.

1994 Die «Petition für einen bezahlten Mutterschaftsurlaub» von mindestens 16 Wochen für erwerbstätige Frauen wird am 28. Januar von verschiedenen Frauengruppen mit 27 000 Unterschriften eingereicht.



Frauen · Macht · Geschichte

Zur Geschichte der Gleichstellung
in der Schweiz 1848 – 2000

1 Frauenbewegung

1.3 Neue Frauenbewegung

1995 Die Initiative «für eine gerechte Vertretung der Frauen in den Bundesbehörden (Initiative 3. März)», bekannt als «Quoten-Initiative», wird am 22. März eingereicht. Sie war aus Protest gegen die Nichtwahl von Christiane Brunner lanciert worden und fordert die ausgewogene Vertretung beider Geschlechter in Parlament, Bundesrat, Bundesgericht und Verwaltung.

1996 Der fünfte Schweizerische Frauenkongress findet vom 19. bis 21. Januar in Bern statt. «L'avenir au féminin – Visionen unserer Zukunft – donne 2099» lautet das Motto. Rund 130 Frauenorganisationen und Frauen aus allen Sparten und politischen Richtungen nehmen teil. 75 Resolutionen mit frauenpolitischen Forderungen werden verabschiedet: Die rasche Einführung einer Mutterschaftsversicherung für alle Frauen wird gefordert. Ferner verlangt der Kongress ein flexibles Rentenalter mit ungekürztem Rentenanspruch, die gerechtere Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit, die Aufwertung der Familienbetreuung, die Förderung der Friedensforschung, die finanzielle Unterstützung der Frauenhäuser, die Aufhebung der Verjährung bei sexueller Ausbeutung und die Ratifizierung der UNO-Konventionen über Frauen- und Kinderrechte.

-

Gründung der Arbeitsgemeinschaft Frauen 2001 (ARGEF 2001) im Anschluss an den Frauenkongress. Alle grossen Frauenorganisationen von den Gewerkschaften bis zu den Kirchen und die Frauengruppen aller Regierungsparteien sind dabei. Ziel ist die Umsetzung der vom Frauenkongress verabschiedeten Forderungen.

1997 In einem brisanten Grundsatzentscheid sprechen sich die CVP-Frauen am 12. April bei den Beratungen zur gesetzlichen Regelung des Schwangerschaftsabbruchs für das Entscheidungsrecht der Frau und eine Fristenregelung aus.

-

Die Delegiertenversammlung der OFRA Schweiz beschliesst am 24. Mai die Auflösung per Ende 1997. Die Sektionen Bern, Zug und Fribourg bestehen weiter (Stand Mai 1998). Eine «Feministische Frauenkoalition», deren Gründung für 1998 geplant ist, soll künftig die feministischen Projekte vernetzen, Informationsaustausch und Kooperation erleichtern, die politische Lobbyarbeit verbessern und die Weiterentwicklung der feministischen Debatte fördern.

-

Eine am 29. November von Frauenverbänden und Gewerkschaften lancierte nationale Petition fordert eine Mutterschaftsversicherung sofort und für alle Frauen.



Frauen · Macht · Geschichte

Zur Geschichte der Gleichstellung
in der Schweiz 1848 – 2000

1 Frauenbewegung

1.3 Neue Frauenbewegung

1998

Zum 150-Jahr-Jubiläum des Bundesstaates organisieren Frauenverbände und -gruppen ihre eigenen Veranstaltungen mit kritischem Blick auf die Schweizer Geschichte. Im Rahmen des Projektes «Femmes Tour Suisse» werden in verschiedenen Städten Stadtrundgänge angeboten, die Lokalgeschichte aus der Geschlechterperspektive vermitteln. Die Ausstellung «Männerbund und Bundesstaat» in Luzern, verschiedene Tagungen und Publikationen machen aufmerksam auf den meist vergessenen Beitrag der Frauen zur Schweizer Geschichte und die lange Tradition der Frauendiskriminierung in der schweizerischen Demokratie.

-

Aus Anlass des 150-Jahr-Jubiläums tagt in Bern das Frauenparlament. Genau 50 Jahre nach dem ersten Frauenparlament (2. Mai 1948 in Bern) diskutieren rund 200 Frauen über soziale Sicherheit und verabschieden unter anderem Resolutionen zur Mutterschaftsversicherung und zur AHV.

-

14 Frauenorganisationen und verschiedene Einzelpersonen gründen am 2. Juli die Feministische Koalition FemCo, der sich bald weitere Gruppierungen anschliessen. Das feministische Netzwerk soll der stark zersplitterten Frauenbewegung als gemeinsames Sprachrohr und als Mittel dienen, um wirksam in die politischen Auseinandersetzungen einzugreifen.

1999

Die ARGEF 2001 (vgl. 1996) fordert anlässlich des internationalen Tages der Frau (8. März) unter anderem die Einführung der Mutterschaftsversicherung, die Einrichtung eines kinder- und familienfreundlichen Schulmodells und eine zweite Bundesrätin.

2000

Die Schweizer Frauenbewegung beteiligt sich am Weltmarsch der Frauen 2000 gegen Frauenarmut und Gewalt an Frauen. Zwischen dem internationalen Frauentag und dem Abschlusstag in Basel (13. Oktober) machen Frauen an Veranstaltungen und Kundgebungen auf die weltweite Frauenunterdrückung aufmerksam und fordern in der Schweiz unter anderem die konsequente Umsetzung des Gleichstellungsgesetzes und einen Ausbau des Sozialversicherungssystems.

-

In Olten findet Ende März die 1. Schweizer Frauenkonferenz des Invalidenverbandes statt. Die behinderten Frauen wehren sich gegen Diskriminierungen, z.B. in den Sozialversicherungen, und fordern das Recht auf eine eigene Sexualität und ein selbstbestimmtes Leben.

Vgl. auch: 3.1 Gleiche Rechte,

3.4 Mutterschaftsversicherung, 3.8 Schwangerschaftsabbruch.



Literaturhinweise

- Blattmann Lynn und Meier Irène (Hg.):
Männerbund und Bundesstaat.
Über die politische Kultur der Schweiz. Zürich 1998.
- Bucher Judith, Schmucki Barbara:
FBB. Fotogeschichte der Frauenbefreiungsbewegung Zürich.
Zürich 1995.
- Budry Marielle und Ollagnier Edmée:
«Mais qu'est-ce qu'elles voulaient?»
Histoire du MLF à Genève. Lausanne 1999.
- Bühler Caroline:
Die Geschichte des Schweizerischen Gemeinnützigen Frauenvereins SGF.
Vereinstätigkeit, Selbstverständnis und das Verhältnis zu Frauenbewegung, Politik und Staat von 1888 bis 1996. Lizentiatsarbeit Universität Bern, März 1997.
- Bumbacher Claudine:
Das Demokratiebekenntnis und der Ruf der Frauen nach Gleichstellung.
Die traditionelle Frauenbewegung am Beispiel der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft «Frau und Demokratie» (1933–1992). Lizentiatsarbeit Historisches Institut der Universität Bern. Bern 1992.
- Femmes Tour (Hg.):
Mit Geld, Geist und Geduld.
Frauen und ihre Geschichte zwischen Helvetik und Bundesstaat. Bern 1998.
- Holenstein Katrin, Ryter Elisabeth:
Rote Fahnen – lila Tücher. 8. März.
Zur Geschichte des Internationalen Frauentages in der Schweiz.
Hrsg. vom Eidgenössischen Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann. Bern 1993.
- Hungerbühler Ruth:
Neue autonome Frauenbewegung.
Entstehung neuer Frauenorganisationen und -projekte seit Beginn der Siebziger Jahre. In: Die Stellung der Frau in der Schweiz. Teil IV: Frauenpolitik. Hrsg. von der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen. Bern 1984. S. 99–118.
- Iannetta Silvana:
Von der gestörten Jubiläumsfeier zum Branchenbuch für Frauen.
Neue Frauenbewegung. In: Moneta, Nr. 3, 8. September 1995, S. 2ff.
- Joris Elisabeth und Witzig Heidi (Hg.):
Frauengeschichte(n).
Dokumente aus zwei Jahrhunderten zur Situation der Frauen in der Schweiz. Zürich 1986.



Frauen · Macht · Geschichte

Zur Geschichte der Gleichstellung
in der Schweiz 1848 – 2000

1 Frauenbewegung

1.3 Neue Frauenbewegung

- Joris Elisabeth:

Historie.

Geschichte der FBB. In: FRAZ, Nr. 30, Juni/Juli/August 1989, S. 4.

- Lenzin, Danièle:

Die Sache der Frauen: OFRA und die Frauenbewegung der Schweiz.

Zürich 2000.

- Modena-Burkardt Esther:

Der Kampf um die Befreiung der Frau.

In: Rudolf von Albertini: Zeitgeschichte: 1945–1980. 2. Teil. Skript der Vorlesung an der Universität Zürich Wintersemester 1982/83, Zürich 1983, S. 82–94.

- OFRA Basel (Hg.):

Frauen machen Geschichte.

20 Jahre OFRA Basel – ein Rückblick in die Zukunft. Bern 1997.

- Woodtli Susanna:

Gleichberechtigung.

Der Kampf um die politischen Rechte der Frau in der Schweiz. Frauenfeld 1975.

Bildnachweis: Landesweiter Frauenstreik, Zürich, 14. Juni 1991.

Foto: Gertrud Vogler.